

Datum

7. Mai 2014

Hospiz- und Palliativversorgung muss zu einer gemeinsamen Aufgabe von Staat und Gesellschaft werden

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück, hat dazu aufgerufen, den Bestrebungen nach einer Legalisierung der Tötung auf Verlangen durch eine Perspektive der Fürsorge und des menschlichen Miteinanders entgegenzuwirken.

In einem Vortrag vor dem Kardinal-Höffner-Kreis in Berlin, am 7. Mai 2014, unterstrich Alois Glück, ein Sterben in Würde hänge wesentlich von den Rahmenbedingungen ab, unter denen Menschen miteinander leben. Einen entscheidenden Einfluss hätten dabei gesellschaftliche Wertvorstellungen und soziale Gegebenheiten, die sich auch in juristischen Regelungen widerspiegeln müssten. Deshalb müsse Hospiz- und Palliativversorgung zu einer gemeinsamen Aufgabe von Staat und Gesellschaft werden und damit auch aller politischen Ebenen und aller Akteure im Gesundheitswesen.

"Diese Aufgabe muss ein Schwerpunkt der Gesundheitspolitik werden", forderte Glück. "Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Sterben unter würdigen Bedingungen. Er muss darauf vertrauen können, dass er in seiner letzten Lebensphase mit seinen Vorstellungen, Wünschen und Werten respektiert wird und dass Entscheidungen unter Achtung seines Willens getroffen werden."